

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069A, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 2.

Donnerstag, den 3. Januar 1907.

14. Jahrg.

Heute abend: Wähler-Versammlung im Vereinshaus.

Hierzu eine Beilage.

Zur Reichstagswahl.

Die Wählerliste

liegen nur noch

bis zum 4. Januar aus

Verfäume niemand, sich von seiner Eintragung zu überzeugen.

Wer nicht in der Liste verzeichnet steht, kann nicht wählen!

Des Fürsten Bülow Wahlkundgebung

Er endlich erschienen, nachdem ihn alle „Patrioten“, besonders stehend aber die Freisinnigen, gebeten haben, doch die Anweisung zu geben, wie, warum, wofür und gegen wen eigentlich gekämpft werden solle. Bülow hat lange Zeit zur Überlegung gebraucht, und was er endlich am Silvestertag zu Stande gebracht, zeigt deutlich, wie sehr sich der Kanzler gequält hat mit dem Auftrag, der seine bisherige Politik rechtfertigen, die plötzliche Schwendung begründen und „Ausblicke“ auf die Zukunft eröffnen soll. Wir haben das Empfinden, die diversen Parteien, die sich aus den verschiedensten Gründen und mit den verschiedensten Hoffnungen dem Absolutismus als Trostkränze zur Verfügung gestellt haben, werden sehr wenig erbaunt sein von dem Armeedesel, den der nominelle Führer des Kartells ausgibt. Das einzige Positive, was aus dem Brei herauszukommen ist, das ist der Trost, es könnte eine Reichstagsmajorität „von Fall zu Fall“ zu Stande kommen, mit der ein Fortwursteln möglich wäre. Daß gerade Bülow, ausgerechnet Bülow verfehlern muß, niemand in Deutschland wolle ein persönliches Regiment, derselbe Bülow, der heute nicht weiß, was er morgen mit seiner Verantwortlichkeit decken muß, das gibt dem Silvestertagsprodukt eine besondere Würze.

In bezug auf das geistige Niveau hat uns Fürst Bülow wahrlich nicht verwöhnt. Daß er sich jetzt aber offiziell an den Reichsverband wendet, daß er diesen als die Körperschaft erachtet, deren Hilfe der Regierung als die begehrtestwerteste erscheint, das muß auf den Gedanken bringen, Bülow habe die Krankheit, von der er sich selbst bemitleidend spricht, nicht überwunden, sei vielmehr noch im Zustand größter körperlicher und geistiger Depression. Wir lassen nun die Depesche des offiziellen Wolffschen Bureaus im Wortlaut folgen:

Der Reichskanzler Fürst von Bülow hat an den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zu Händen des Herrn Generalsekretärs von Liebert, nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, Silvester 1906.

In dem Schreiben des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vom 18. Dezember d. J. ist mir nahegelegt worden, vor der Reichstagswahl noch ein aufklärende Kundgebung zu erlassen. Ich komme dieser Anregung gern nach und bitte, für die Veröffentlichung dieser Antwort Sorge zu tragen.

Die parlamentarische Lage, die ich bei meinem Amtsantritt vorfand, war nicht wesentlich verschieden von der im letzten Reichstage. Die bürgerliche Linke, in drei, vier Gruppen gespalten, die Rechte, einiger zwar, aber an Zahl ebenso schwach, wie die Liberalen zusammen, in der Mitte die stärkste Partei, das Zentrum, schon damals nahezu imstande, entweder nebst Polen, Welfen usw. mit den Sozialdemokraten, oder mit den Konservativen und dem rechten Flügel der Liberalen eine Mehrheit zu bilden. Eine andere Möglichkeit, als mit dem Zentrum die Geschäfte zu erledigen, gab es, namentlich seit den Wahlen von 1903, nicht. Der Reichskanzler war auf die Mitarbeit dieser Partei angewiesen; er mußte versuchen, ihre Zustimmung zu den im Interesse des Landes notwendigen wirtschaftlichen und nationalen Vorlagen zu erlangen. Daß er dem Zentrum zuliebe staatliche Hoheitsrechte preisgegeben oder sich in religiösen und kulturellen Fragen schwach gezeigt habe, betraute ich, jedenfalls darf nicht vergessen werden, daß die wichtigsten Aufgaben, die Verstärkung der Seewehr, die Handelsverträge, die Finanzreform, nur mit Hilfe des Zentrums zu lösen waren und gelöst worden sind.

Ich habe diesen Zustand der Abhängigkeit der parlamentarischen Ergebnisse von dem guten Willen einer Partei in dem vielgestaltigen deutschen Parteigetriebe immer als nicht unbedenklich empfunden. Ihn zu ändern, hatte ich so

lange keinen Grund, als das Zentrum sich bereit zeigte, mit den verbündeten Regierungen positive Arbeit zu leisten, und der Versuchung, seine parlamentarische Stärke zu mißbrauchen, nicht nachgab. Aber bereits im Frühjahr des abgelaufenen Jahres wurden drei dringend nötige Forderungen: die Eisenbahn-Reemanshoop, die Entschädigung der Farmer, die Errichtung eines Kolonialamts, durch eine vom Zentrum und Sozialdemokratie geführte Oppositionsmehrheit verworfen. Damals konnte ich, von schwerer Krankheit noch nicht erholt, nicht eingreifen, aber es reiste in mir der Entschluß, jedem neuen Versuch solcher Machtproben bei ersten und wichtigen Angelegenheiten des Reichs mit aller Kraft entgegenzutreten. Neben der dann notwendigen Wahrung der Autorität der Regierung und ihrer Stellung über den Parteien schien mir auch ein gewisser Wandel in den doktrinären Anschauungen der Vertreter des liberalen Bürgerturns und der steigende Widerwille gegen das sozialdemokratische Treiben die Hoffnung zu rechtfertigen, daß eine Änderung der parlamentarischen Lage durch das deutsche Volk selbst möglich sei.

In Deutschland gibt es keine einheitliche liberale Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit gezeigt hätte, positive Politik zu machen. Es ist jetzt nicht der Augenblick, Fehler, die begangen, Gelegenheiten, die verkannt worden sind, nachzurechnen. Jedenfalls haben es innere Uneinigkeit, negativer Dogmatismus, Hebertragung der Prinzipien und Unterschätzung des praktisch Erreichbaren nicht zu dem vom Liberalismus erstrebten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte kommen lassen. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich darin manches geändert. Ich denke nicht an Eugen Richters Kampf gegen die Sozialdemokratie, an die fortschreitende Heberwindung der Manchester-Doktrin, vor allem an das wachsende Verständnis für große nationale Fragen. Manches wird noch zu lernen sein: Maßhalten, richtiges Augenmaß und Blick in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse.

Ich glaube nun keineswegs, daß aus den Wahlen eine große geeinigte liberale Partei hervorgehen und etwa den Weg des Zentrums eintreten könnte. Wohl aber könnten die Parteien der Rechten, die nationalliberale Partei und die weiter links stehenden freisinnigen Gruppen bei zielbewußtem Vorgehen im Wahlkampf soviel Boden gewinnen, um eine Mehrheit von Fall zu Fall zu bilden. Den starken Gegensatz, der bisher zwischen den Parteien der Rechten und denen der bürgerlichen Linken in wirtschaftlichen Fragen bestanden hat, halte ich für kein unüberwindliches Hindernis. Der unbedingt notwendige Schutz der Landwirtschaft ist in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus geschert und mancher freisinnige Mann hat schon unter vier Augen zugegeben, daß sie auch für die städtischen Interessen nicht ungünstig gewirkt haben. Jedenfalls müssen die Gegner der Handelsverträge anerkennen, daß sich Handel und Industrie fortwährendem Aufschwung erfreuen.

Andererseits führt bereits eine gute Brücke über das trennende Wasser. Die konservativen Parteien und die nationalliberale sind in allen großen Fragen, wo es sich um Wohl und Wehe der Nation, ihre Einheit, ihre Machtstellung handelte, zuverlässig gewesen. Die Nation ging ihnen über die Partei. Das ist ihr Ruhm, den werden sie behaupten. Je mehr auf der Linken die Bereitschaft zur Befriedigung der großen internationalen Bedürfnisse für den Kolonialkrieg, für Heer und Flotte zunimmt, um so breiter und fester kann die Brücke werden, und wohl würden sich auch die national gesinnten Elemente, die im Zentrum vorhanden sind, mit allen anderen bürgerlichen Parteien in solchen Fragen leichter zusammensuchen, wenn mit dem Wegfall der Möglichkeit einer schwarz-roten Majorität der Fraktionsegoismus des Zentrums der Handhabe beraubt wäre, sich rücksichtslos gegen die Regierung geltend zu machen.

Die bedenklichsten Folgen davon, daß sich das Zentrum der sozialdemokratischen Stimmen zur Bildung eines oppositionellen Blocks bedienen konnte, war die Bedeutung, die dadurch die Sozialdemokratie selbst im verflochtenen Reichstage erlangte. Da bietet sich ein weiteres höchwichtiges Feld gemeinsamer Sorgen und Arbeit aller nationalen Elemente. Entgegen der leider in einigen liberalen Köpfen noch herrschenden Idee, daß die Reaktion im Reiche von rechts drohe und Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner festen Überzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie. Nicht nur sind ihre kommunistischen Zukunftsstränge kulturfeindlich, die Mittel zu ihrer Verwirklichung brutaler Zwang — alles, was sich etwa irgendwo in Deutschland an reaktionärer Gesinnung findet, gewinnt Kraft und Recht durch die sozialistische Unterwühlung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland. Auf den mißgewordenen Spießbürger und phrasentrunkenen Gleichmacher Kobespierre folgte der Degen Bonaparte. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien.

Als nun das Zentrum sogar bei einer Angelegenheit, die die deutsche Waffenehre und unser Ansehen vor der Welt berührte und unmittelbar nach der freimütigen Ausdrache über tatsächlich unerträgliche Einmischungen in den inneren Kolonialdienst eigenwillig den Verbündeten Regierungen eine für diese unannehmbare Klausel aufzunötigen suchte, und als es dann mit Hilfe der Sozialdemokratie einen sachgemäßen freisinnigen Antrag niederstimmte, mußte von dem verfassungsmäßigen Mittel zur Wahrung der Autorität der Regierung Gebrauch gemacht und der Reichstag aufgelöst werden. Die Abstimmung vom 18. Dezember war ein Schlag gegen die verbündeten Regierungen und die nationale Würde. Ich arbeite mit jeder Partei, welche die größten nationalen Gesichtspunkte achtet. Wo diese Gesichtspunkte mißachtet werden, hört die Freundschaft auf.

Niemand in Deutschland will ein persönliches Regiment. Die große Mehrheit des deutschen Volkes will aber erst recht kein Parteiregiment. Es ist deutsche Eigenart, deutsches Schicksal, daß wir unsere politische Stellung bis zur Stunde der Gefahr lieber nach Gefühl und allgemeinen Begriffen, als nach realen Interessen und nationalen Zielen nehmen. Obgleich es für Kaiser und Bundesfürsten nicht Katholiken und Protestanten, sondern nur schlechweg Deutsche gibt, die den gleichmäßigen Schutz der Gesetze genießen, besteht doch die stärkste Partei im Reichstage ausschließlich aus Katholiken. „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“ steht im Programm des Zentrums. Ist es aber wahr, wenn es in dem Aufbruch der rheinischen Zentrumspartei heißt, im Hintergrunde laiere ein neuer Kulturkampf? Im partitischen Deutschland geht es der katholischen Kirche wohl als in manchen katholischen Ländern, und kein Vertreter der verbündeten Regierungen denkt daran, die Parität aufzuheben, die Gewissensfreiheit zu verlegen und die katholische Religion zu bedrängen. In jener Behauptung dient die Religion nur als Mittel zum Schutz politischer Fraktionsinteressen. Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte als das Deutsche Reich, obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen bewußt oder als Mittläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will. Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich frei machen. Der liberale Städter und Landmann ist daran nicht weniger beteiligt als der konservative. Mögen die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen noch so große Verschiedenheiten aufweisen, die Parteien, die am 18. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden von vornherein im Auge zu behalten haben, was sie damals einigte, der Kampf für Ehre und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum.

Ich stelle die Sozialdemokraten voran, weil jede Niederlage der Sozialdemokratie eine Warnung für ihren blinden Übermut, eine Stärkung des Vertrauens in den ruhigen Fortschritt unserer inneren Entwicklung und eine Befestigung unserer Stellung nach außen wäre und weil dadurch zugleich die Möglichkeit erschwert würde, daß eine bürgerliche Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen eine dominierende Stellung gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien einnimmt.

Der Reichskanzler:
Bülow.

Im einzelnen auf diese Kundgebung einzugehen, wollen wir uns für heute eriparen. Sie im Wortlaut zu veröffentlichen, genügt schon, die Verlegenheit zu zeigen, in der sich die Regierung befindet, nachdem sie „die Bande zum Teufel gelagt“ hat. Schwerlich wird sich ein Seitenstück zu dieser Staatsmannskunst beibringen lassen, mit der Bülow hier brilliert. Wenn man dem Fürsten Bülow zutrauen könnte, daß er selbst über die Situation und ihre Folgen für die nächste Zukunft klar sei, dann könnte man der Meinung sein, er habe sich vor dem geistig bedürftigen und anspruchlosen Spießbürgertum einen guten Abgang verschaffen wollen. Da aber der Kanzler so weitstichtig nicht ist, da dieser lächelnde Optimist keine Ahnung davon hat, wie die Zeichen der Zeit zu deuten sind, da er in seinem naiven Selbstvertrauen, in seinem kindlichen Egoismus gar nicht damit rechnet, daß der 25. Januar ein zerstückelndes Verdict über seine Täufler und Mädelchen bringen wird, so bleibt nur eine Erklärung für diese Leistung: Bülow hat mit der eigenen Willenlosigkeit dem Drängen nachgegeben, eine Werbekampagne zu erlassen, und hat dann geschrien, was ihm im ersten Augenblick einfiel. Bei Naturen seiner Art pflegt aber der erste Einfall der törichtste zu sein, der denkbar ist.

Wer liest?

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in ihrer Nummer vom 30. Dezember:

Die frivole Wahlflüge des „Vorwärts“, daß die diesjährigen Wahlen im Zeichen des Hungers stattfinden, ist von uns schon dieser Tage an den Praxen

ger gestellt worden. In Wirklichkeit haben gerade die Industriearbeiter an der wirtschaftlichen Hochkonjunktur ihr wohl gemessenes Teil erhalten, und zwar jedenfalls mehr als manche anderen Erwerbsgruppen, die nicht so leicht in der Lage sind, durch Koalitionen ihr Einkommen zu sichern oder zu steigern. Wie solcher verheerenden Agitation gegenüber sich die Wirklichkeit ausnimmt, zeigen unter anderem einige Zahlen. . . . Die Bergarbeiterlöhne haben, nach einer jüngst im Reichsanzeiger veröffentlichten Zusammenstellung, im dritten Vierteljahr 1906 eine weitere, meist erhebliche Besserung erfahren. Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier ist der Lohn um 11 v. H. gestiegen, und der gesamte Lohn, der in diesem Revier (Oberbergamtsbezirk Dortmund) an die Steinkohlenbergarbeiter nach Abzug aller Arbeitskosten, Anwartschafts- und Versicherungsbeiträge zur Auszahlung gelangt ist, lag mit 98,6 Millionen Mark über dem vorjährigen. . . . Durch all dies wird der rein demagogische Charakter des Geschreis der Sozialdemokraten von den Hungervahlen genügend bloßgestellt.

Auf wen schimpft das wohlgezogene Organ einer höchst gesteuerten Regierung da so unfruchtlich? Auf niemand anders als auf sich selbst! Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat entweder früher frivol gelogen oder sie lügt jetzt frivolt. Denn dieses Organ der reinen Wahrheit hat am 20. Oktober genau das Gegenteil von dem geschrieben, was es jetzt, am 30. Dezember, schreibt. Damals las man es . . . anders, nämlich so:

Zwar ist es richtig, daß der Geldlohn der Bergarbeiter gestiegen ist; diese Lohnerhöhung hat aber nicht gleichen Schritt gehalten mit der Verteuerung der Lebenshaltung und der Erhöhung des Wertes der Produktion.

Das Regierungsblatt stellte damals weiter fest, daß in Rheinland-Westfalen von 1900 auf 1905 der Preis für ein Pfund Schweinefleisch um 12 Pfg., für Kalbfleisch um 13 Pfg., für Schweinefleisch um 8 Pfg., für Butter um 30 Pfg. in die Höhe gegangen sei und kam zu dem Schluss, daß trotz Steigerung der Löhne die Lebenshaltung der Bergarbeiter hinter dem Stand vom Jahre 1900 noch erheblich zurückbleibt, die Löhne daher schwerlich als ausreichend bezeichnet werden können.

Also: am 20. Oktober beweist die Norddeutsche Wahrheitsfreundin stattdessen, daß es den Arbeitern schlecht geht — am Beispiel der Bergarbeiter! Am 30. Dezember aber, im Zeichen der Wahlmacht beweist sie abermals stattdessen, daß es den Arbeitern ganz ausgezeichnet geht und dabei benötigt sie zu ihrem Unglück abermals — das Beispiel der Bergarbeiter! Und so schlägt sie sich kläglich auf das eigene hochoffizielle Schimpfmaul. Die Statistik nimmt ihre Rache für den schändlichen Mißbrauch, den die Wahlmacher des Kaffernkartells nur zu lange schon ungestraft mit ihr getrieben haben. Die Zahlen ihres Generalstabs sind für dieses Mal gründlich blank. Wer wie sie das Lügen zum Gewerbe hat, müßte doch wenigstens ein besseres Gedächtnis haben!

Die Kolonialskünden schildert der Zentrums-Abgeordnete Erzberger in einer für den Massenvertrieb unter den Zentrumswählern bestimmten Wahlbroschüre. Sie behandelt zunächst die Stellung des Zentrums zu den Nachtragsetats für Südwestafrika, die zu der Reichstagsauflösung führten. Der zweite interessantere Teil erörtert die finanzielle Seite der Kolonialpolitik. Herr Erzberger sagt alle Momente, die gegen die Kolonialpolitik sprechen, zersetzend zusammen. Er wiederholt die Berechnung seiner früheren Rede, wonach der ganze Ein- und Ausfuhrhandel aller sämtlichen Kolonien mit Deutschland in 20 Jahren nur die Summe von 518 Millionen ergeben hat. An die kleine Schweiz allein habe Deutschland im Jahre 1905 für 367 Millionen Mark Waren verkauft! Als Siebelungskolonien kommen nach Erzberger unsere Kolonien nicht in Frage. In allen deutschen Kolonien lebten im Jahre 1903 nicht einmal 6000 Deutsche. Der südwestafrikanische Aufstand habe uns bis jetzt zweitausend Menschenleben und 300 Millionen Mark gekostet. Bis zur Beendigung des Krieges würden mehr als 400 Millionen Mark herauskommen. In sechs Jahren habe uns Südwestafrika 500 Millionen Mark gekostet. Südwestafrika sei anderthalbmal so groß wie Deutschland, wirtschaftlichen Wert besitze diese Kolonie aber trotzdem nicht. Auf sie treffe das Wort des Dichters zu:

Viel Steine gab's und wenig Brot
Und mancher kühne Reitermann
Ist dort den Trunk sich abgetan!

Selbst der Kolonialschwärmer Dr. Peters habe noch im November 1905 offen geschrieben: „Deutsch-Südwestafrika reicht an die ärmsten Teile von Englisch-Südafrika nicht heran.“ Regierungsvorleiter und Kolonialopimisten wie der frühere Landeshauptmann v. Francois und der gegenwärtige Gouverneur v. De Meuse hätten noch in den letzten Wochen erklärt, daß bei voller Besiedelung des ganzen Landes höchstens 10000 Großfarmer dort ihr Auskommen fänden. Herr Erzberger sagt dann wörtlich: „Bei voller Besiedelung des Landes haben wir somit mit 10000 Rittergutsbesitzern zu tun! Und für diese solche Opfer! Man weiß nun gern darauf hin, daß sich 1000 Leute aus der Schutztruppe bereit erklärt hätten, sich im Lande niederzulassen! Aber was beweist dieses? 22000 Mann waren insgesamt dort: sie alle gegen freiwillig hinaus, viele wohl mit der Absicht, dort zu bleiben. Wer im Lande bleibt, erhält eine ganz ungewöhnliche Unterstützung! Jeder Anfänger hat ein unverzinsliches Darlehen von 6000 Mark erhalten! (Der Reichstag hat hierfür schon nahezu eine Million bewilligt.) Wenn man einem jeden Handwerker bei uns 6000 Mk. unverzinslich gibt zur Anschaffung von Maschinen, so kommt er rasch vorwärts! Das der Regierung zur Verfügung stehende Land erkaufen diese Leute teilweise ganz umsonst, teilweise sehr billig! Und was ist der Erfolg bei allen diesen günstigen Anreizen? Nur 5 Prozent bleiben im Lande! 95 Prozent kehren diesem den Rücken! Alle diese Zahlen belegen sehr wenig Günstiges über den Stand der Kolonie!

Diese kolossalen Kosten für die Kolonialpolitik, speziell für Südwestafrika, haben uns, so führt Herr Erzberger weiter aus, in die trostloseste Finanzlage gebracht. Für das Jahr 1907 rechnet die Regierung mit 265 Millionen Mark neuer Schulden. Trotzdem doch erst im Frühjahr v. J. 180 Millionen Mark neuer Steuern geschaffen worden sind, muß die Regierung schon jetzt nach 25 bis 30 Millionen neuen Steuern! Das ist alles sehr richtig. Aber eines hätte sich Herr Erzberger sehr wohl den Zentrumswählern zu sagen: daß ohne die Zustimmung des Zentrums die ganze Geldvergeudung unmöglich gewesen wäre. Das Zentrum hat nicht nur die Millionenhunderte für die Kolonien bewilligt; es hat auch eifrig geholfen, die neuen Steuern, die meist den Volksmassen aufgeschleppt worden sind, zu schaffen. Jetzt, wo der Reichstag nach Hause gegangt worden ist, weil das Zentrum knappe 9 Millionen abhandeln wollte, möchte dieses ja von der Verantwortung loskommen. Es wünscht

seine Wähler, wenn es jetzt gegen die Geldvergeudung in den Kolonien weiterr, indem der Regierung allein die Schuld zugeschoben wird. Wir haben keine Ursache, die letztere zu verteidigen; sie hat ein gerüttelt volles Maß der Schuld zu tragen. Aber auch den Parteien der Rechten, der Mitte und der Linken, das Zentrum eingeschlossen, soll kein Quentchen von ihrer Mitschuld abgenommen werden.

Ein Antikultramontaner Reichsverband

Ist das neueste Produkt des gegenwärtigen Wahlkampfes, in dem ja die liberalen Parteien sich klüßlich vermessend, die ultramontane Herrschaft zu brechen. Der neue Verband, der seinen Sitz in Berlin hat, ist entstanden durch Zusammenschluß der „Antikultramontanen Wahlvereinigungen“ und der „Antikultramontanen Vereine Badens“. In dem von ihm erlassenen Aufruf heißt es: „Zweck des Antikultramontanen Reichsverbandes“ ist die Bekämpfung des Ultramontanismus durch Verbreitung von Aufklärung über ihn und durch Stellungnahme gegen ihn bei politischen und kommunalen Wahlen. Die Zugehörigkeit zum „Antikultramontanen Reichsverband“ ist unabhängig von politischer oder religiös-konfessioneller Stellung. Parteipolitische und konfessionelle Bestrebungen sind ausgeschlossen. Der Antikultramontane Reichsverband will nicht eine Partei sein; wohl aber will er das antikultramontane Ferment bilden in allen Parteien und in allen Konfessionen. Der „Antikultramontane Reichsverband“ erblickt im Ultramontanismus nicht einen religiösen Gegner, sondern ein in Religion sich hüllendes und die Religion mißbrauchendes weltlich-politisches Machtsystem, das unsere staats-nationale Selbständigkeit und Kultur auf das allerhöchste bedroht; ein System, das, wie kein zweites, religiöse, bürgerliche, politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Freiheit unterbindet und bestrebt ist, unsere staatlichen und kulturellen Kräfte internationalen Herrschaftsbestrebungen dienstbar zu machen.“

An der Spitze des Verbandes steht u. a. auch ein Freiherr v. Münchhausen, was vielleicht geeignet ist, den neuen Verband von vornherein zu charakterisieren. Sein Vorbild ist offenbar der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der ebenso von sich behauptet, keine Parteipolitik zu treiben, sich damit aber schon recht hüßlich in die Pfeifen gesetzt und den Parteien, denen er „helfen“ wollte, nur Ungelegenheiten bereitet hat. Die Wirksamkeit des Antikultramontanen Reichsverbandes dürfte eine ähnliche werden. Wenn die „Aufklärung“, die er über den Ultramontanismus verbreiten will, vom gleichen Kaliber ist wie die „Aufklärungsarbeit“ des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, dann kann sich die politische Welt im Wahlkampf nur recht fest — die Nasen zupacken. Dann werden die beiden Verbände gleich zwei Münchhausen mit einander konkurrieren.

Nach einer besseren Wahlparole

jammert nun auch das Hauptorgan der Bürgersdemokratie, die „Zf. Ztg.“, die sich übrigens von Anfang an zum Hottentotten-Jagdgeschrei ziemlich skeptisch verhalten hat. Die Dornburgstraße könne doch unmöglich genügen, wo es sich um eine Wahl auf 5 Jahre handle, und „die Linke kam und darf nicht auf eine Bekämpfung der Rechten verzichten, weil sie sonst überhaupt nicht auf eine Verwirklichung ihrer Forderungen rechnen kann. Das haben wir von Anfang an betont, und die Entwicklung gibt uns immer mehr Recht. Ähnlich ist es aber auch mit dem Verhalten der Linken zur Regierung. Die freiheitlichen Parteien führen den Wahlkampf nicht der Regierung zu Liebe und nicht für die Regierung, sondern um den von ihnen vertretenen politischen Anschauungen zur Geltung zu verhelfen. Wie soll aber überhaupt eine klare Kampflinie geschaffen werden, wenn immer noch das parteipolitische Durcheinander fortbestehen bleibt und niemand zu sagen weiß, wie die Regierung selbst sich die Entwicklung vorstellt. Erkennbar ist zwar, daß ihr Vorgehen sich speziell gegen das Zentrum richtete; aber eine Konsequenz ist selbst hier nicht zu erkennen. Es scheint, als solle nur das kolonialfeindliche, nicht aber das kulturfeindliche Zentrum getroffen werden, und daraus könnte man folgern, daß bald wieder eine Versöhnung mit dieser Partei eintreten werde, sobald sie mit ihren Machtansprüchen im Reich etwas zurückhaltender würde.“

Also bis in die äußerste Linke der freiwillig-gouvernementalen Parteien ist der Hottentotten-Ragenjammer schon gedrungen? Auch ein Zeichen der Zeit, daß die Demokratie den Fiescat-Abolitionismus um das Etichwort anbetet. So etwas ist auch nur im Deutschland des Ausstattungs-Zarismus möglich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die „Maßnahmen“. Die Frage der Herabsetzung des Tarifs für frisches Fleisch ist von dem Eisenbahnminister, ehe er eine eigene Entscheidung traf, dem Landeseisenbahnrat vorgelegt worden. Die ursprüngliche Vorlage des Ministers ging dahin, Fleisch von frischgeschlachtetem Vieh bei Beförderung als Stückgut in den Spezialtarif für bestimmte Güter aufzunehmen. Diese Maßnahme wurde mit 36 gegen 3 Stimmen akzeptiert. Für sie stimmten auch Agrarier wie Graf Kanitz. Die weiteren Vorlagen des Ministers, die sich auf Wagenladungen beziehen und auf Anregungen des Ausschusses des Landeseisenbahnrats zurückzuführen sind, wurden mit Stimmenmehrheit angenommen. Alle Frachtermäßigungen wurden auf drei Jahre genehmigt, Anträge, die Frist auf ein Jahr abzukürzen, wurden abgelehnt, ebenso Vertagungsanträge, die von agrarischer Seite gestellt wurden. Die Debatte ergab, daß die städtischen Mitglieder des Landeseisenbahnrats von den Maßnahmen keine große Wirkung erwarten und daß die Agrarier sie nicht fürchten. Graf Kanitz stimmte ihnen sogar ausdrücklich zu unter der Voraussetzung, daß das überseeisch eingehende Fleisch, das wohl kaum als frisch anzusehen sei, an der Frachtermäßigung nicht teilnehme. Er legte deshalb besonderen Wert auf die Fassung „Fleisch von frisch geschlachtetem Vieh“ an Stelle der ursprünglichen Fassung „frisches Fleisch“. Die wegen der Fleischlieferung aus dem europäischen Ausland geäußerten Bedenken halte er für zu weitgehend. Es könne nicht angenommen werden, daß die von Dänemark eingehenden Mengen, die ebenfalls noch in Betracht kämen, auf den großen deutschen Fleischmarkt besonderen Einfluß haben könnten. Aber wie gesagt, man tat, als sei man willens, etwas zu tun. — Angeblich soll „bald“ auch die Einfuhr von Fleisch aus überseeischen Ländern erleichtert werden. Außer von Amerika soll auch von Australien frisches Fleisch eingeführt werden, da auch die Dampfer der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in neuester Zeit mit Entschleunigung zum Transport frischen Fleisches im gefrorenen Zustande eingerichtet worden sind. Dies dürfte sicher auf eine vertrauliche Mitteilung zurückzuführen sein, denn ohne Veranlassung würde die Gesellschaft derartige kostspielige Einrichtungen nicht treffen.

Dom „Kriegsschauplatz“. Wegen Aufzettelung zum Gehorsam gegen die Befehle aus Anlaß des polnischen Schulstreiks ist gegen den Prospekt Strzembowski in Posen, der Farrer Walle und den Prospektor Kruska in Opalenitz das Strafverfahren eingeleitet worden. Aus Posenfall wird berichtet: Sechs Wochen Gefängnis hat dem Schneidewagast der Schulstreik eingebracht. Ein schulpflichtiger Sohn des Verurteilten kam ohne Mäher zum Religionsunterricht, da der Vater sie verbrannt hatte. Von dem Lehrer wurde dem Schüler bedeutet, daß er sich neue Religionsbücher beschaffen müsse. Der Schulnabe, der von seinem Lehrer als ein recht fleißiger und folgsamer Junge geliebt wird, suchte sich dadurch zu helfen, daß er seinem Vater 1 Mk. entwendete und sich eine biblische Geschichte kaufte. Infolgedessen erklärte der Vater, der Lehrer und der preussische Schulsystem hätten seinen Sohn zum Diebstahl verleitet, wofür er die erwähnte Strafe publiziert erhielt. Wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen rechtsgültige Verfügungen durch Abdruck der dreißigjährigen Schulstreik artikel in der „Gazeta Gruzjadzka“ wurden, wie aus Grazbenz berichtet wird, die Redakteure dieses Blattes, Szepanski und Paszkowski, zu 6 bzw. 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Rußland.

Neue Kämpfe. In Lodz kam es wieder zu blutigen Arbeiterkämpfen. 3 wurden erschossen, 12 verletzt, Staatsprälaten geplündert. Die Militärbehörden trieben die Arbeitslosen aus. Die Morde geahndet, wie gewöhnlich, von den Behörden aus.

Wegen Beteiligung an den Versammlungen in der Fiedlerschen Schule im Dezember 1905 sind 5 Personen zu Zuchthaus von 1 1/2 bis 2 Jahren verurteilt und 78 freigesprochen worden.

Persien.

Die persische „Verfassung“. Die Verfassung bestimmt, daß der Senat aus 60 Mitgliedern bestehen soll, von denen die Hälfte durch den Schah ernannt wird, während die andere Hälfte aus den Wahlen hervorgeht. Die Kammer soll aus 162 Mitgliedern bestehen, deren Wahl nach sechs Ständen vorgenommen wird. Die Verfassung ist sonst der belgischen ähnlich. Hervorzuheben ist, daß Konzepte für Handelsgesellschaften, Straßen- und Eisenbahnen sowie für Staatsanleihen der Zustimmung der Kammer bedürftig sind.

Das Jahr 1906.

Wenn wir auch diesmal wieder einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Jahr werfen, so fällt zunächst als markanteste Erscheinung der Kampf verschiedener Existenzbedingungen ins Auge. Die Holzarbeiter befinden sich seit dem 19. Februar resp. 1. April in Ausstände, ohne daß es bisher gelungen ist, eine Einigung zu erzielen. Ende Oktober hatten die Arbeitgeber zwar den Einigungsamt angerufen, doch ohne auch nur den Willen zu zeigen, den Streikenden in dem Kardinalpunkt, der Arbeitszeiterhöhung, entgegen zu kommen. Die Unternehmer tragen also allein die Schuld, wenn der Kampf in der Holzindustrie auch in das neue Jahr hinübergezogen worden ist. Die Sympathien der großen Mehrheit der Lübecker Bevölkerung sind auf Seiten der tapferen Holzarbeiter. — Auch die Walzergehilfen hatten einen langwierigen Streik durchzuführen, der mit einem Vergleich vor dem Einigungsamt endete. Einen schönen Erfolg erzielten die Koll- und Blockwagenarbeiter nach einem kurzen Ausstand. — Die Bauschlösser konnten ebenfalls ihre Lohnbewegung erfolgreich beenden. Ohne Kampf erzielten die Schneider Steininger, Lithographen und Steindruckere Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auch in unserer nächsten Umgebung kam es verschiedentlich zu Lohnkämpfen. Die zahlreichen wirtschaftlichen Kämpfe sind in der Hauptsache eine Folgeerscheinung der Wucherpolitik der Reichsregierung, durch welche die Preise aller Lebensbedürfnisse zu einer schier unerreichbaren Höhe emporgetrieben worden sind.

Weil die Mauer am Bau des Karstadtischen Waarenhauses mit verschiedenen Vorliern nicht zusammenarbeiten wollten und deshalb ihre Tätigkeit einstellen, sperrten die Meister sämtliche Lübecker baugewerbliche Arbeiter aus. Diese Gewalttat des Unternehmertums hat in den davon betroffenen Kreisen berechtigter Erbitterung erregt. Zu einer partiellen Ausstände kam es bei der Firma Karl Thiel und Söhne.

Bei der Mafeler, die unter großartiger Beteiligung des Lübecker Proletariats stattfand, besetzten verschiedene Fabriken wieder die gewohnte Aussperrungstaktik. Ob auf diese Art vielleicht das „gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefördert werden soll, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Gewerkschaftsausschuss gestaltete sich ebenfalls zu einer großen Demonstration der Arbeiterschaft.

Im verfloßenen Jahre wurden auch mehrere Boykottverbände. Am längsten dauerte derjenige, der die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere betraf. Die Ursache desselben war die Maßregelung von Sachfachergehilfen, die dem Verbande angehörten. Ferner mußte gegen die hiesigen Brauereien der Boykott beschlossen werden, weil von ihnen eine erhebliche Erhöhung des Bierpreises gefordert wurde. An der Einigungsverhandlungen nahmen der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins und die Kartellkommission hervorragenden Anteil.

Eine Maßnahme, welche die allererschärfste Verurteilung fand, war die von den Agrariern verursachte Erhöhung des Milchpreises, die absolut nicht zu rechtfertigen ist, zumal den Großgrundbesitzern durch den neuen Wuchertariff bereits erhebliche Vorteile in den Schoß geworfen sind.

Das politische Leben Lübecks bewegte sich im verfloßenen Jahre in den gewohnten Bahnen. Die Arbeiterschaft nahm regen Anteil an allen politischen Tagesfragen, während man von der Tätigkeit der „vereinigten bürgerlichen Parteien“ so gut wie gar nichts hörte. Nur einmal machten sich diese Leute bemerkbar, und zwar als es galt, sich für ihre Klasse Selber aus den Steuergrößen der Lübecker Bevölkerung zu erlösen. Die öffentliche Rechtsankunftsstelle, ein von den „Ordnungs“parteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründetes Institut, stand vor dem Bankrott und da mußte die Staatskassa einbringen 5800 Mk. sind für diesen Zweck unsern Gegnern verfassungswidrig bewilligt worden. Nun haben sie doch wenigstens Gelder für die Wahlbewegung! Hoffentlich erteilen die Wähler am 25. Januar den „vereinigten bürgerlichen Parteien“ auch die verdiente Lüttung. An den Arbeiten der Bürgerschaft nahmen unsere Vertreter den regsten Anteil. Sie erbrachten durch ihre Tätigkeit in diesem Klassenparlament den schlagendsten Beweis dafür, daß es eine Lüge ist, wenn behauptet wird, die Sozialdemokratie würde unsern Freistaat zugrunde richten, sollte sie einmal die Mehrheit erhalten.

Der „Lübecker Volksbote“, das Organ der werktätigen Bevölkerung, hat selbstverständlich, wie es auch seine verdammt Pflicht und Schuldigkeit ist, die Interessen der Arbeiterschaft mit Nachdruck vertreten und in allen Kämpfen wacker Hilfe geleistet. Trotzdem ist der seltene Fall zu verzeichnen, daß im Jahre 1906 keine Anklage gegen seine Red

Salzener erhoben wurde. Ein Prozeß gegen unsere früheren Redakteur, Genossen Friedrich, endete für die Staatsanwaltschaft unrichtig, da wegen Verjährung auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden mußte. Infolge der wachsenden Ausdehnung des „Lübecker Volksboten“ und des Vortageschäftes von Friedr. Meyer u. Co. wurde ein besonders hierfür bestimmter Neubau errichtet, der zumwehrt bezogen ist.

Das Ende des verfloßenen Jahres fand im Zeichen der Reichstagswahl, die infolge der Reichstagsauflösung am 18. Dezember notwendig wurde. Das Wahlergebnis hat sich auf einen Kandidaten vereinigt, der vertritt die Interessen der Reaktions- und „Liberalen“ vertreten zu wollen. Wie er das machen will, bleibt vorläufig sein Geheimnis. Die Sozialdemokratie Lübecks hat ihren alten, bewährten Vorkämpfer Th. Schwarg wieder aufgestellt. Zweifellos wird am Wahltag die rote Flagge der Freiheit wieder von den Türmen unserer alten Stadt in die Lüfte steigen, wenn jeder Arbeiter, jeder Gewerkschaftler und jeder Handelstreibende seine Pflicht tut. Der Kampf ist die Forderung im neuen Jahr! Möge sich das Proletariat seiner Aufgabe gewachsen zeigen und der Reaktion einen vernichtenden Schlag zufügen!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 2. Januar.
Zug von Fischern, Drechslern, Maschaen und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist freigestellt.

Achtung, Fischer! Ueber die Verhaftung des Fischereimeisters Kröger in Hensfeld ist wegen Verjährung von Strafbau für Lübeck die Sperre verhängt.

Achtung, bausewärtliche Arbeiter! Ueber das Baugeschäft des Unternehmers Wiegner (Kanzow), Hochofenwerk, ist seitens der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter wegen Nicht-Erkennung des Arbeitsvertrages die Sperre verhängt. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Arbeitsruhe am Wahltag beschlossen die Maurer in ihrer letzten Versammlung. Außerdem wurden dem Wahlfonds 200 Mk. überwiesen. Bravo!

Der vierte Teilbetrag der Grund- und Gebäudesteuer und der Beiträge für die Stadtwasserversorgung für 1906 ist für die Grundbesitzer der Stadt in der Zeit vom 2. bis 15. Januar d. J. bei Vorweisung des Zahlungsbekommens zu entrichten.

Der Bericht der Lübecker Handelskammer, der letzten erschienen ist, enthält manche interessante Angaben, auf die wir noch gelegentlich zurückkommen werden. In der allgemeinen wirtschaftlichen Übersicht wird u. a. folgendes ausgeführt: Die mächtige Verfrachtung des allgemeinen Bedarfs an Gebrauchsgütern und Verbrauchsgütern kommt in der regen Beschäftigung fast aller Produktionszweige und in dem lebhaften Güterverkehr des Reiches zum Ausdruck. Sie wird bewiesen nicht nur durch das erhebliche Wachstum in der Gewinnung von Rohstoffen und Halbfabrikaten, durch die außerordentliche Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte, durch die weitere vorzügliche Zunahme des Güterverkehrs der deutschen Eisenbahnen und durch die bedeutende Vermehrung des Güter- und Maschinentransports im deutschen Außenhandel; sie tritt besonders deutlich zutage auch darin, daß in wichtigen Rohmaterialien wie z. B. in deutschen Kohlen trotz weitestgehender Förderung sich geradezu ein Mangel an Ware geltend machte, ferner darin, daß die weiter verarbeitenden Industrien beim Bezuge ihrer Roh- und Hilfsstoffe sich teilweise auf überlange Lieferfristen einlassen mußten, endlich vor allem darin, daß die Preise für alle wichtigen Rohstoffe und Halbfabrikate, insbesondere für Eisen u. sonst. Metalle, für Kohlen, Holz, für die Roh- u. Hilfsstoffe der Textil- und der Papierindustrie usw. Preissteigerungen erfahren haben, wie sie in dieser Allgemeinheit nur in Zeiten der Hochkonjunktur einzutreten pflegen. Selbstverständlich bedeuten diese hohen Einstandspreise eine erhebliche Belastung der Produktion, der durch jene Teuerung betroffenen Industriezweige sowie eine beim Verkauf nicht immer ausgleichende beträchtliche Erhöhung der Einkaufspreise für viele im Handelsverkehr umgesetzte Waren. Der in der Fabrikation und dem Handel erzielte Nutzen hat daher auch dem stark vergrößerten Umsatz vielfach nicht entsprochen, um so weniger, als auch noch andere Umstände dazu beigetragen haben, diesen Nutzen zu schmälern. In dieser Hinsicht kommt zunächst in Betracht die fast das ganze Berichtsjahr hindurch anhaltende außerordentliche Vieh- und Fleischteuerung, die eine große Reihe von Lohnbewegungen zu Folge gehabt hat und auch wohl in Zukunft noch zur Folge haben wird. Solche Bewegungen sind namentlich dann zu besorgen, wenn sich jener Teuerung infolge der erhöhten Getreidezölle künftig auch eine Erhöhung der Korn- und Brotpreise hinzugesellen würde, die im Berichtsjahr dank der großen Lagerbestände in früher eingeführtem ausländischen Getreide und dank der diesjährigen guten deutschen und amerikanischen Ernten noch nicht eingetreten ist. Während die Streiks und Lohnbewegungen vom Amtshat den sozialdemokratischen Gegnern in die Schuhe geschoben werden, muß der Bericht der Handelskammer die Wucherpolitik der Regierung dafür verantwortlich machen. Ueber die neuen Mißhandelsverträge wird folgendes gesagt: „Das Inkrafttreten der Handelsverträge, von denen zurzeit außer dem deutschen spanischen Handelsvertrage besonders der deutsch-spanische und der deutsch-amerikanische Vertrag noch ausstehen, ohne daß für einen befriedigenden Abschluß namentlich der mit Mexiko eingeleiteten Verhandlungen hohe Erwartungen gehegt werden können — hat, von gewissen Ausnahmen abgesehen, eine besondere Erhöhung des deutschen Außenhandels und der deutschen Ausfuhrindustrie im Berichtsjahr noch nicht zur Folge gehabt. Die die Einfuhr beschränkenden Agrarzölle sowie die aus ihnen erwachsenen hohen Fabrikatzölle des Aus-

landes müssen aber jedenfalls dann für das deutsche Wirtschaftsleben mit voller Schärfe in die Erscheinung treten, wenn ein Nachlassen der jetzigen Konjunktur dem deutschen Handel und der deutschen Industrie ihre Weltmarktstellung zu erschweren beginnt. Die durch die Reichsanlagenreform dem inneren Konsum aufgelegten neuen Steuern haben dagegen in der Form, in der sie die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften gefunden haben, schon jetzt zu einer empfindlichen Belastung der betroffenen Gewerbe- und Industriezweige führen müssen, deren Abwälzung sich namentlich bei der Zigarettensteuer wohl erst nach langer Zeit und unter großen Schwierigkeiten vollziehen wird. Hier liegt eine Verurteilung der Reichsregierungspolitik vor, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann. Einzig und allein die Sozialdemokraten haben sich im Reichstage mit aller Energie gegen die unerhörte Volksbelastung gewandt, und deshalb ist es Pflicht aller Wähler, bei der kommenden Wahl zu zeigen, daß man eine derartige Politik nicht will. Das geschieht nur durch die Entsendung von recht vielen Sozialdemokraten in das Reichsparlament.

Die deutschen Häfen und ihre Handelsflotte. Auf insgesamt 250 Heimathäfen verteilte sich am 1. Januar d. J. die deutsche Seehandelsflotte. Weit aus die meisten dieser Häfen sind kleine Küstenorte, die ihren Platz in der Riste der Heimathäfen deutscher Seeschiffe dem Besitze einiger weniger liegenden Fahrzeuge verdanken. Nur achtzehn Häfen verfügen über eine Flotte, deren Bruttoreintrag 100000 Reg.-T. übersteigt. Ueber eine Bruttoreintrag von 100000 Reg.-Tons erhoben sich nur drei deutsche Häfen, nämlich Hamburg mit 1074 Seeschiffen von 2025500 Reg.-T., Bremen mit 540 Seeschiffen von 1001540 Reg.-T. und Flensburg mit 87 Seeschiffen von 101000 Reg.-T. Die Tonnage der in Hamburg heimathberechtigten Seeschiffe hat sich seit dem 1. Januar 1899, also seit sieben Jahren, um rund 100 Proz. vergrößert. Die Entwicklungskurve der Bremer Reederei zeigt in dem erwähnten Zeitraum eine Zunahme des Seeschiffbestandes um 61 Proz. Flensburgs Tonnage ist in der gleichen Zeit um 45 Proz. gestiegen. Als zweite Gruppe kommen diejenigen deutschen Häfen in Betracht, deren Seeschiffflotte einen Rauminhalt von 100000 bis 1000000 Reg.-T. hat. In diese Rubrik gehören nur zwei Häfen, nämlich Stettin mit 141 Seeschiffen von 250000 Reg.-T. und Lübeck mit 62 Schiffen von 206000 Reg.-T. Ueberraschend ist die Zunahme des Lübecker Seeschiffbestandes, der am 1. Januar 1899 nur 14600 Reg.-T. zählte, demnach bis heute die ungewöhnliche Steigerung von 470 Proz. erfahren hat. Stettins Tonnage ist in den 7 letzten Jahren um 78 Proz. gewachsen. Die dritte Gruppe wird gebildet von den Häfen, deren Tonnage sich zwischen 10000 und 50000 Reg.-T. bewegt. Hier ist die Reichsflotte die: Bremerhaven mit 49500, Kiel mit 46500, Westerlande mit 34000, Elbenburg mit 25500, Rostock mit 25000, Ahrenshoop mit 24000, Danzig mit 22000, Glesleth mit 19000, Gmden mit 17500, Wismar mit 15500, Brake und Altona mit 11000 und Köln mit 10000 Reg.-T. Vergleicht man den jetzigen Schiffbestand dieser Häfen mit dem des Jahres 1899, so zeigt sich, daß Elbenburg, Ahrenshoop, Wismar und Altona eine Zunahme, Bremerhaven, Kiel, Rostock, Danzig, Glesleth, Gmden und Brake eine Abnahme ihrer Handelsflotte erfahren haben. Die Verringerung des Schiffbestandes ist besonders stark in den Seegeldhäfen Glesleth, Gmden und Brake. Nahezu unverändert ist die Größe der Tonnage von Westerlande und Köln geblieben. Die übrigen 24 deutschen Heimathäfen, deren Tonnage 10000 Reg.-Tons nicht erreicht, weisen zusammen nur 1781 Schiffe mit einem Rauminhalt von 127000 Reg.-Tons Brutto auf.

Handelsregister. Am 29. Dezember 1906 ist bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma J. G. Bölling u. Co. in Lübeck eingetragen: Die Gesellschaft ist durch den Tod des Gesellschafters des Kaufmanns R. C. G. Boel in Lübeck aufgelöst. Der bisherige Mitgesellschafter Kaufmann J. G. H. Boel in Lübeck ist alleiniger Inhaber der Firma. Dem M. L. C. Schuster in Lübeck ist Procura erteilt. — Am 29. Dezember ist bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Firma Lübecker Schwefel- säure- und Superphosphat-Fabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck, eingetragen: 1) Das Stammkapital ist auf Grund der Beschlüsse der Generalversammlung vom 14. Juli bezw. 27. Oktober 1906 um 600000 Mk. erhöht und beträgt jetzt 1200000 Mk. 2) Die §§ 3, 4, 5, 8, 10 und 13 des Gesellschaftsvertrages sind abgeändert.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Dezember 1906 sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt, sowie Handtaschen, 1 goldene Brosche, 1 dunkelgrauer Herrenpaletot, 1 schwarzer Herrenhut, 2 Umschlagetücher, 1 Handarbeit, 1 Paar wollene Strümpfe, 4 Schlipse, 1 Kneifer, 1 Stock, 1 Schirm, mehrere Paar Handschuhe und Taschentücher.

Stadttheater. Aus der Theaterkasselerie wird uns geschrieben: „Drei Tage aus dem Leben eines amerikanischen Detektivs“ (Sherlock Holmes), in der Uebersetzung von H. Bozenhard-Hamburg, hat sich auch in Lübeck wie allorts als ein sensationeller Schlager erwiesen, das beweist wohl am besten die häufige Aufführungsziffer. Das Stück wird hier morgen zum 20. Male wiederholt und diese Jubiläumzahl ist in Lübeck nur sehr wenigen Stücken beschieden. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. — Sonnabend wird neuinstudiert eine einmalige Aufführung des Lustspiels „Alt-Heldberg“ stattfinden.

Im Gausatheater ist gegenwärtig wieder eine Künstler-schar vertreten, die sich getrost auf den allerersten Spezialitätenbühnen sehen lassen kann. Jeder der Kritiken bietet in seinem Fach vorzügliches. Da sind die Vier Vöndle Duran, ein ausgezeichnetes englisches Gesangs-, Tanz- und Instrumental-Gesamtdale, dessen Leistungen reiche Anerkennung finden. Originelle Dressuren der verschiedensten Bierfüßler

(Gund, Wersch, Schwedt und Mautler) bringt Stoff mit seinem Überflusse. Eine schnelle und doch bezogene Sourette ist Grete Palm; Max Frey ist ein Humorist, der den stärksten Witz für seine Originalvorträge erntet. Ein jugendlicher Gelichtkünstler, M. Kalinowski, verflücht aber eine bedeutende Technik; dafür liefert die Wiedergabe der Hingewandten den besten Beweis. Ein Gefangener, das ebenso durch seine prächtigen Stimmmittel, als durch die hübschen Kostüme-Garben erfreut, sind Leo Joneuz. Sicher und elegant arbeiten die Red.-Barren-Gymnastiker Freres Friemel sowie die akrobatischen Radfahrer Brothens Malmstern. Auf dem Gebiete des Koloraturgelanges leistet Rosa Lind recht Anerkennenswertes. Den Schluß des Programms bilden die beliebtesten lebenden Photographien. Alles in allem: Die Direktion des Gausitheaters bietet mit dieser Serie dem Publikum wieder besondere Genüsse; deshalb kann ein Besuch der Vorstellungen nur empfohlen werden.

ph. Diebstähle. Vom Flur des Hauses Schwartzallee 12a wurde ein Kinderwagen mit blauem Holzlasten gestohlen. — Am 2. d. Mts. abends gegen 8 Uhr ist in einem Borräum der Hauptpost eine Tonne mit Margarine abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden. Das Gewicht der Margarine betrug etwa 80 Pfd. Am Sonnabend den 29. v. Mts. wurde aus einem Hause der Glockengießerstraße ein neuer schwarzer Spozierstock mit silberner Krücke gestohlen. An der Krücke befinden sich gepresste Blumen und Blätter.

Entin. Die Nationalliberalen haben sich in ihrer Vertrauensmänner-Versammlung noch nicht auf einen Kandidaten einigen können. Landgerichtsdirektor Ort ist dem Bunde der Landwirte nicht genehm, weshalb man von seiner Kandidatur abgesehen hat. — Die Freisinnigen sind darüber entzweit. Sie hoffen, daß ihr Kandidat Alhorn nun doch noch den nationalliberalen Anforderungen entspricht.

Wulfsdorf. Eine gut besuchte öffentliche Wählerversammlung tagte hier am Montag abend im Lokale des Herrn Lohse. Genosse Schneider-Lübeck sprach über die bevorstehende Reichstagswahl und erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

Kiel. Das Zentrum stellte hier als Reichstagskandidaten Rechtsanwalt Bitter-Kiel auf.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Eingelandt.

Das Blasen der Lampen.

Jetzt, zur Zeit des steigenden Petroleum-Verbrauchs, möchte sachverständiger Lesender dieses auf verschiedene Umstände aufmerksam machen, welche häufig, und gerade in letzter Zeit in den Haushalten vorkommen. Es handelt sich um das Blasen der Lampen, welches oft das ganze Zimmer schwärzt und Mobilien und alle anderen Sachen zu verderben imstande ist. Verräthet man die Sache von der richtigen Seite, so wird man finden, daß man im allgemeinen gerne ein möglichst helles Licht haben möchte, und die Technik hat sich daher veranlaßt gesehen, nach einem Mittel hierzu zu suchen, und hat in der Erfindung der Brennscheiben auf den Lampen, welche die Flamme vergrößern, das richtige gefunden. Leider wird nun aber wohl in den meisten Fällen seitens der Verkäufer solcher Lampen, sei es durch Klempner oder sonstige Verkäufer der Lampen-Industrie, das Publikum zu wenig, oder überhaupt nicht aufgeklärt darüber, daß diese neuen Lampen anders behandelt werden müssen, als die Lampen mit einfachem Brenner. Der Käufer wird nämlich die Lampe genau so anzünden, wie er es bei der alten Lampe gewohnt war, und häufig alsdann davon gehen. Bei seinem späteren Eintritt in das Zimmer sieht er sich einem unbeschreiblichen schwarzen Rauch und Dunst gegenüber, welcher namentlich der Hausfrau nun zu schaffen macht und oft zu Tränen Veranlassung gibt. Es wird nun wohl häufig dem Petroleum die Schuld gegeben, was indessen meistens unrecht ist, denn die Lampe hat allmählich immer mehr nachgezogen und ist schließlich, da keine Abhilfe zur Stelle war, ins Blasen gekommen. Um solchen Unfällen, welche leicht, zumal wenn Kinder im Zimmer zurückgelassen werden, von traurigen Folgen begleitet sein können, vorzubeugen, ist es notwendig, daß alle Verkäufer im Lampengeschäft sich erst einmal mit einer Probe-Lampe den Vorgang vergegenwärtigen und das Publikum genügend aufklären. Es ist unbedingt erforderlich, wenn man solchen Unfällen vorbeugen will, die Lampe niedrig anzuzünden, darauf zu achten, daß der Docht ganz gerade abgesehen wird und alsdann, bevor die Lampe richtig brennt und nicht mehr nachzieht, das Zimmer nicht verlassen wird. Auf diese Weise hat man stets ein angenehmes gutes Licht und verhilft jegliche Unfälle.

W.

Lübecker Marktpreise vom 2. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,25—1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Käse 3,40—3,80 Mk., Enten 3,50—4,00 Mk., Hühner 1,70—2,20 Mk., Rükken Stk. — Mk., Tauben Stk. 0,65 Mk., Gänse Pfd. 0,65—0,75 Mk., Ferkelzans 2,00 Mk., Schweinestopf Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 0,90 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 6 Stk. 66 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,20—2,40 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 80 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Dering — Stk. — Pfg., Dorische wenig, Brachsen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, b. Kopf 0,30—0,50 Mk., Nessel, beste Gravensteiner, pr. 100 Pfd. — Mk., verschiedene pr. 100 Pfd. 8—15 Mk., Pfäunen, pr. 100 Pfd. — Mk., Rükken Pfd. — Pfg., Zwiebeln, helle, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 8,50 Mk., pr. 10 Liter 50 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

**Eisa Berott
Carl Schulz**
Verlobte.
Lübeck, Neujahr 1907.

Zu vermieten zum 1. April eine freundliche Zweistuben-Wohnung
Glandorpstraße 30.

Zwei Wohnungen von 2 u. 3 Zimmern
nebst Zubehör zum 1. April zu vermieten
Gronsforder Allee 55.

Gesucht eine Zweistubenwohnung, Burg-
vor bevorzugt.
Off. u. Z D an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. April eine Zweistuben-
wohnung mit allem Zubehör vom Hofstern-
er im Preise von 180—200 Mk.
Off. u. A M an die Exped. d. Bl.

Geschäfts-Verlegung.

Zeige hierdurch meiner werten Kundenschaft an, daß ich mit dem heutigen Tage mein
Friseur- und Zigarren-Geschäft
von der Marlesgrube 6 nach der ob. Mühlenstr. 8
verlegt habe.

Sich bitte, das mir bisher geschenkte Vertrauen auch ferner zu teil werden zu lassen. Reelle Bedienung und solide Preise zusichernd, zeichne
Hochachtungsvoll
Heinrich Hannemann.

Eine erste Etage ist zu vermieten
Markstraße 16.

Nonni-miertes Kaufmädchen
per sofort oder 15. Januar gesucht
Kaufhaus Friedrich Becker
Heinrichstraße 48.

Fahrrad, tadelloß, sehr billig
Schüsselbuden 16, II.

Zu verkaufen 3 große Hemdküsten. Zu
besehen morgens
Meisterstraße 2 a.

Empfehlungs-Karte

Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.

Frauen
für die
Räucherer.
August Schumacher.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Otto Albers 10.
Lübbeck Markt 4
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. N.:

Saberhosen	2,20-6,45
Mauerhosen	2,60-6,75
Schlösserhosen	1,98-5,25
Reberziehhosen	1,08-2,85
Swira-Hosen	1,68-3,25

lezuene Jaden, schräge und gerade, 1,28
Kofen, Hemden, Schlachterjaden, Friseurjaden
Waler-Mäntel ersichtlich billig.
Mägen von 40 Bq bis 1,88 Bq.
Rote Subcamarken.

Fischer's Hosenklein, Bid. 20 Bq.
W. Holst, Bäderstr. 13 a.

Wünsche meinen werten
Kunden und Bekannten ein
fröhliches neues Jahr!
Ludwig Oldenburg
Schlachtermeister
Friedenstraße 41.

Klub Fidelitas.

Bei der am 2. Januar ds. stattgefundenen
Lombola wurden folgende Nummern mit
Gewinnen gezogen:

98	142	184	221	225	233	234
235	252	293	302	352	370	452
465	527	586	587	616	733	760
798	801	807	851	911	963	967
969	107	1037	1048	1052	1055	1062
1064	1100	1122	1141	1147	1177	1215
1278	1290	1305	1310	1327	1348	1355
1364	1373	1386	1388	1466	1467	1470
1471	1478	1484	1586	1654	1669	1698
1746	1762	1796	1816	1817	1823	1852
1920	1973	1987	2001	2011	2017	2038
2049	2069	2136	2144	2152	2157	2176
2225	2251	2269	2301	2330	2359	2385
2463	2474	2498	2550	2559	2585	2591
2622	2624	2651	2664	2698	2708	2725
2743	2752	2757	2775	2809	2828	2839
2842	2843	2845	2869	2936	2952	2953
2982	3004	3008	3098	3107	3116	3175
3176	3198	3237	3239	3256	3265	3278
3306	3311	3343	3362	3397	3407	3423
3476	3479	3499	3529	3558	3568	3596
3607	3626	3647	3707	3721	3790	3811
3842	3847	3867	3896	3900	3901	3910
3941	3945	3948	3952			

Die Gewinne werden am Freitag, den 4.
Januar, von 6-9 Uhr, in Gasse's Gesell-
schaftshaus, Johannisstraße 25, verabsolgt;
später Hundestraße 80, part., Flügel. Die
bis zum 1. Februar 1907 nicht abgeholt
Gewinne verfallen der Klubkasse.

Achtung Bauarbeiter!
Die Versammlung am Freitag den
4. ds. Mts. fällt aus.
Der Vorstand.

**Arbeiter-
Radfahrer-
Verein
LÜBECK.**
Gegründet 1894.

Die
Generalversammlung
findet nicht am Donnerstag, den 3. Januar,
sondern am
Donnerstag, d. 10. Jan.
statt.

Tages-Ordnung:
Abrechnung, Wahlen, Fragekasten,
Verschiedenes.
Der Vorstand.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stg.

Ober-Bayern.
Tölz, Partenkirchen, Berchtesgaden,
Reichenhall, Königsee, Kehlsee,
Waldensee usw.

Öffentl. Wähler-Versammlungen

finden an folgenden Stellen statt:

- Vereinshaus:** Donnerstag, den 3. Januar, abends 8¹/₂ Uhr.
Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.
- Steinraderbaum:** Donnerstag, den 3. Januar, abends 8 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.
- Waisenhof:** Freitag, den 4. Januar, abends 8¹/₂ Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.
- Adlershorst:** Freitag, den 4. Januar, abends 8¹/₂ Uhr.
Referent: Redakteur P. Löwigt.
- Neu-Lauerhof:** Sonnabend, den 5. Januar, abends 8¹/₂ Uhr.
Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.
- Cronsförde:** Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr.
Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.
- Curau:** Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr.
Referent: H. Radden.
- Kücknitz:** Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 4 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.
- Moisling:** Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 4 Uhr.
Referent: Redakteur P. Löwigt.
- Wakenitz-Bellevue:** Dienstag, den 8. Januar, abends 8¹/₂ Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.
- Niendorf:** Dienstag, den 8. Januar, abends 8 Uhr.
Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.
- Louisenlust:** Mittwoch, den 9. Januar, abends 8¹/₂ Uhr.
Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.
- Friedrich Franz-Halle:** Mittwoch, den 9. Jan., abds. 8¹/₂ Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.
- Flora:** Mittwoch, den 9. Januar, abends 8¹/₂ Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.
- Friedrichshof,** Schwartauer Freitag, den 11. Januar, abends 8¹/₂ Uhr.
Allee, Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.
- Genin:** Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.
- Gr. Schrefstaken:** Sonntag, den 13. Januar, nachm. 3 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.
- Nusse:** Sonntag, den 13. Januar, abends 7 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär R. Wissell.
- Travemünde:** Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr.
Referent: Arbeitersekretär H. Schneider.

Zu diesen Versammlungen werden alle dort wohnenden Wähler
freundlichst eingeladen.

Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann!
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Meiner werten Kundschaft ein herzliches
Profit Neujahr!
W. Benthin, Friseur,
Marlstr. 42 c.

Meinen werten Kunden, Freunden und
Bekanntem zum Jahreswechsel die herzlichsten
Glückwünsche!
Wilh. Deichmann, Lindenstr. 55.

**Alle Sorten
Koks, Kohlen, Briffetts,
Anthracit u. Brennholz**

empfehl
zu den billigsten Tagespreisen
Christian Gäde
Fernsprecher 242. Kontor: Fischergrube 4.

Preußische Lose
Ziehung 1. Klasse schon 10. und 11. Januar.
3/10 M. 4.- 1/10 M. 5.- 1/4 M. 10.- 1/2 M. 20.- 1/1 M. 40.-
Zu haben bei
Falck,
Lübbeck, Johannisstraße 10.
Telephon 58. Königl. Lotterie-Einnehmer.

**Täglich das neue Sensations-
Programm.**
Vorverkauf bei Sager und Kabel.

Stadt-Theater.
Freitag, 4. Januar. 8 Uhr.
Sensationeller Erfolg! Zum 20. Male.
„Drei Tage aus dem Leben
eines amerikanischen Detektivs“
„Sherlok Holmes“
Sonnabend: Einmalige Aufführung!
Alt-Heidelberg.
Sonntag 4 Uhr. Außergem. bill. Preise!
Voge, Orchesterf. 50 Pf., H. Bartelt 30 Pf.,
Barterre 20 Pf. Zum letzten male.
Blondelchen.

Das Reichsverbands-Handbuch.

Zur Reichstagswahl am 25. Januar 1907 ist auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mit einem „Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler“ auf den Plan getreten. Für die Öffentlichkeit ist das 21 Bogen große Machwerk nicht bestimmt, wenigstens vorläufig nicht; es soll bis zur Beendigung der Hauptwahl nur den Mitgliedern des Verbandes zur Verfügung gestellt werden. Das ist eine Klugheitsmaßregel, von Bauernschlauheit eingegeben. Denn wie so oft bürgerliche, der Sozialdemokratie durchaus abhold gefasste Volkstäter feierlich sich vor dem Verdacht einer Gemeinschaft mit dem Reichsverband verwahren mußten, um ihre blühende Achtung vor der Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten, so würde eine öffentliche Erörterung der schwachvolligen Lügen und der grotesken Unwissenheit, mit der der Reichsverband operiert, gar bald auch in gestreuten bürgerlichen Kreisen jeden Kandidaten in Verfall bringen, von dem bekannt wird, daß jemand auf Grund des Handbuchs für seine Wahl Propaganda macht.

Es müßten dicke Follanten voll geschrieben werden, wollte die Sozialdemokratie alle handgreiflichen Lügen des Handbuchs Stück für Stück widerlegen. Das ist unmöglich, inwiefern in dem Handbuch ohne Scham wiederholt wird, was schon längst althergebrachte als Verleumdung abgetan ist. Als Beispiel für die Unverschämtheit der Gesellen vom Reichsverband führen wir in dieser Hinsicht an, daß die Lügen über die „Schmelgereien“ und die „Mischwirtschaft“ der Gemeindevertretung von Wiant auf Seite 107 des Handbuchs unter dem Titel „Kommunalpolitik“ aufgeführt werden, trotzdem der Gemeindevorsteher dieses Ortes die Verleumdungen in einer Zuschrift an die Presse blühend zurückgewiesen hat. Die verachtungswürdige Feigheit der Reichsverbänder tritt im Handbuch gerade bei dieser Angelegenheit noch dadurch hervor, daß das Buch bei Wiederholung der Verleumdungen davon redet, daß folgende Beschreibung über die Gemeinderatsitzung in Wiant durch die Presse ging.“ Ganz geflissentlich verschweigen die Reichsverbänder hier, daß sie selber es waren, die diese Verleumdung in die Presse brachten und daß eine der vom Verband gespeisten Zeitungen, das „Wilhelmshavener Tageblatt“, bei seinem am 23. August 1906 veröffentlichten Widerruf ausdrücklich das Organ des Reichsverbandes als Quelle der Verleumdungen angab. Dies Beispiel ist charakteristisch für die klumpenweise des Handbuchs und für den tatsächlichen Wert der gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer gerichteten Schmähungen überhaupt, und gleichzeitig kennzeichnet es die Unmöglichkeit, den schweren sittlichen Schädigungen des deutschen Volkes, die nach dem Ausspruch des Sozialistenfeindes Max Lorenz durch die Agitation des Reichsverbandes hervorgerufen werden, im einzelnen entgegenzutreten.

Ungefähr auf gleichem Niveau wie die moralische Verkommenheit der Reichsverbänder steht ihre politische Unwissenheit. Zu deren Kennzeichnung sei eine Stelle im Artikel „Parteien“ auf Seite 228 des Handbuchs angeführt. Der Artikel schildert, wie 1887 die Kartellmehrheit zustande kam und fährt dann fort:

1890 wurde das Kartell zwar erneuert, aber bei dem durch Caprivis Kanzleramt eingeleiteten Wechsel der Politik fehlte es an einer klaren Parole, so daß die Wahlen mit einer Niederlage des Kartells endigten.“

Sie wissen die Politiker des Reichsverbandes nicht, daß die Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 unter Bismarcks Reichskanzlerschaft zustande kamen und daß Caprivi erst einen Monat später Kanzler wurde, nachdem die Wahlen den Bankrott der Bismarckschen Gewaltpolitik aller Welt kund getan hatten.

Ein anderer nicht minder drohlicher Fall, bei dem man nur im Zweifel darüber bleibt, ob außer der Dummheit auch ihre Zwillingsschwester, die Bosheit, die Hände mit im Spiel hat, sei noch erwähnt: Auf Seite 68 des Handbuchs steht zu lesen:

„Drotwucher war das beliebteste Schlagwort der Sozialdemokratie aus den Kämpfen um die Handelsverträge.“

Der Reichsflügelverband vergißt mitzuteilen, wer dieses „Schlagwort“ damals ziemlich zuerst angewendet hat. Am

24. Februar 1895 hielt der Kaiser beim Festmahl des Brandenburgischen Provinzial-Landtages in Berlin eine Rede, in der er im Hinblick auf die Agrarier dringend vor überhöhten Hoffnungen oder gar der Verwirklichung von Utopien warnte. Kein Stand könne beanspruchen, auf Kosten des anderen besonders bevorzugt zu werden. Weiter aber mußte das sächsische „Volk“ zu melden, daß der Kaiser sich über den Antrag König zum Freiherrn von Manteuffel äußert hat:

„Sie können mir nicht zumuten, daß ich Kornwucher treibe.“

Das ist das sozialdemokratische Schlagwort. Solche schauerlichen Wötte des Reichsverbandes erinnern lebhaft an die Unwissenheit, die der Leiter dieser Organisation, Generalleutnant von Liebert, in seiner zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geschriebenen Broschüre: „Die Entwicklung der Sozialdemokratie und ihr Einfluß auf das Heer“ nicht allein zu unserer, sondern auch zu unserer Gegner Verleumdung zum Besten gegeben hat.

Noch es kommt nicht so sehr darauf an zu zeigen, was Dummheit und Niedertracht in den Händen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu leisten vermögen. Unsere Partei ist, so lange sie besteht, von ihren Gegnern mit abnormen Schmähungen überhäuft worden, und alle Verleumdungen haben dank der wachsenden Einsicht und Erkenntnis des deutschen Volkes nichts anderes vermocht, als die Kraft der Sozialdemokratie zu stärken. So wird es auch diesmal sein. Wichtiger als der Nachweis des gegen die Partei verapften Giftes ist es, an der Hand des vorliegenden Buches zu zeigen, was der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie dem deutschen Arbeiter als solchem zu bieten mag. Auf Seite 236 verfährt das Handbuch, daß der Reichsverband seine Aufgaben lösen wolle „unter voller Anerkennung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage.“

Wie dies geschieht, mögen folgende Auszüge aus dem Handbuch zeigen:

Auf Seite 24 heißt es unter der Stichmarke „Arbeitergroßlagen“ unter Gegenüberstellung der Steuern, die der Arbeiter zu zahlen hat:

„Dabei sind die staatlichen Abgaben durchaus geringfügig, verglichen mit den riesigen Summen, welche die Sozialdemokratie von den Arbeitern erpreßt. Insbesondere die einzelnen Fachverbände schröpfen ihre Mitglieder in außerordentlicher Weise.“

Dies „Schröpfen“ wird dadurch bewiesen, daß die Organisation der Rotenlecher von jedem Mitgliede 58,95 M. jährlich, die der Buchdrucker 55,67 M. jährlich an Beiträgen erhebt usw. Sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsorganisation werden also um des guten Zweckes willen hundertmal überhöht. Nebenher sei bemerkt, daß das Einkommen der Redakteure am „Vorwärts“ bei dieser Gelegenheit auf jährlich 7000 Mark angegeben wird, während ein Blick in die Berichtsprotokolle jeden davon überzeugen kann, daß selbst der am besten gestellte „Vorwärts“-Redakteur noch längst nicht dies Gehalt bezieht und das Durchschnittsgehalt kaum die Hälfte der angegebenen Summe beträgt.

Auf Seite 42 wird der Sozialdemokratie alias Gewerkschaft nachgesagt, daß sie die Arbeiter zur Erhebung ungezügelter Ansprüche anstachelt und in Streiks hineinsteckt.

Auf Seite 49 heißt es von den Streikposten, daß sie „oft genug“ gegen die lieben Arbeitswilligen nicht nur gemeine Schimpfwörter, sondern tätliche Angriffe richten, in denen sich die stürmische Verrohung sozialdemokratischer Erziehung bedauerlicherweise befindet.“ Da die Strafgesetze nicht immer eine ausreichende Handhabe bieten, um unzulässige Verleumdungen der Arbeitswilligen zu verhindern, habe die Regierung 1899 das „Nachtragsgesetz“ erlassen, das aber seiner strengen Bestimmungen wegen vom Reichstag abgelehnt worden sei. Auf Seite 132 werden zur Charakteristik der Gewerkschaften einige Fälle von Unterschlagung angeführt, deren sich Kassierer und andere Personen schuldig machten. Auf Seite 134 heißt es von den Gewerkschaften: „Nicht mehr die Wohlfahrt der Arbeiter ist Zweck der beruflichen Koalitionen: sie ist ein Mittel zur Förde-

rung der allumwälzenden sozialen Revolution.“ Die Gewerkschaften führten daher ihren Namen zu Unrecht.

So geht es weiter. Im selbstverständlichen Gegensatz hierzu streicht das Handbuch die Unternehmerrorganisationen und ihre lieben Kinder, die Arbeitswilligen mächtig heraus.

„Die Ausstände gerade in den am besten geleiteten Werken“, so heißt es auf Seite 40, „in denen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter am günstigsten und die Fürsorge für sie am weitestgehenden war, mußten auch diese Unternehmer davon überzeugen, daß es bei den gegenwärtigen Arbeitskämpfen den Arbeiter vielfach in erster Linie nicht auf die Erlangung wirtschaftlicher Vorteile ankommt, sondern daß die modernen Kämpfe in den meisten Fällen einen wesentlich andern Zweck haben, nämlich den, die Arbeiterorganisationen zunächst zwar zum mitbestimmenden, später aber zum alleinbestimmenden Teile bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen und der Auswahl der zu beschäftigenden Arbeiter zu machen unter Ausschaltung des Unternehmers.“ Die Abwehr hiergegen dürfe man den Unternehmern nicht verdenken, heißt es dann weiter im Stile der „Arbeiter-Zeitung“.

Folgerichtig wird den Arbeitswilligen im Handbuch Lob über Lob gezollt. Sie seien sogar für die Ausständigen nützlich.

Die Anwerbung von Arbeitswilligen ist, so heißt es auf Seite 48:

„einerseits geboten, um einen Rückhalt zu haben in den Auseinandersetzungen mit den Streikenden, deren Folgen oft genug nicht ohne weiteres erfüllbar sind, andererseits kann ein längerer Stillstand der Arbeit den Ruin des Betriebes zur Folge haben; die Aufträge können nicht erfüllt werden und gehen auf andere Betriebe über. In diesem Falle liegt die Fortführung der Arbeit durch Arbeitswillige sogar im Interesse der Streikenden, denen dankt die bisherige Arbeitsgelegenheit erhalten wird.“

Nach dieser volkswirtschaftlichen Leistung führt das Handbuch weiter auf Seite 49 aus:

„Die Versuche der sozialdemokratischen Agitation, die Arbeitswilligkeit als eine soziale Schande zu bezeichnen, sind durchaus auszurückzuweisen.“

Und: „Wenn dann Arbeiter, die diese Kämpfe unter Volks- und Berufsgenossen mißbilligen, ihrer abweichenden Meinung (!) Ausdruck geben, indem sie sich der Arbeit womöglich in erhöhter Anstrengung zuwenden, so verdient dieser Mut einer eigenen Anerkennung lebhafteste Anerkennung.“

Wehr kann man wirklich nicht zugunsten der „dem Staate beförderlichen Elemente“ verlangen.

Tie vom organisierten Unternehmertum unterhaltene Organisation des Reichsverbandes brauchte nun die Arbeiterchaft in der Agitation zur Reichstagswahl nicht sonderlich mehr zu kümmern als die Scharfmacherverbände selbst, die unserer Partei vorzügliches Agitationsmaterial liefern, deren Leiter aber häufig im Hintergrunde bleiben und sich vor einem öffentlichen Auftreten, vor einer Rechtfertigung ihrer volksfeindlichen Bestrebungen in einer jedermann zugänglichen Wählerversammlung weislich hüten.

Ganz anders liegen die Dinge aber beim Reichsverband. Was die Scharfmacher selber nicht leisten können, müssen ihre Mietlinge, die Agenten des Verbandes, tun. Diese Leute werden bezahlt dafür, daß sie sowohl in Flugblättern wie in Versammlungen der Arbeiterchaft und ihren Organisationen mit allen schimpflichen Mitteln, wie sie hier gekennzeichnet sind, mit Lügen und Verleumdungen entgegen treten. Die Arbeiterchaft, wenigstens soweit sie sozialdemokratisch gesinnt ist, hat in hunderten Versammlungen bewiesen, daß sie auch die Argumente des Gegners, mögen sie noch so unrichtig sein, ruhig anzuhören und sachlich zu widerlegen weiß, immer als selbstverständlich vorausgesetzt, daß dieser Gegner es ehrlich mit seinen Ansichten meint.

Diese Voraussetzung trifft aber bei den Agenten des Reichsverbandes in keinem Falle zu. Sie haben keine politische Überzeugung, wenigstens geben sie positiv keine kund, sondern sind vom Reichsverband gegen Barzahlung dazu angestellt, daß sie heute den Konser-

Das Heimchen am Herde.

Ein Hausmärchen von Charles Dickens.

(Schluß.)

Wie Ihr euch leicht denken könnt, gab's einige Ueberraschung in der Gesellschaft. Frau Fielding, eine Dame von unendlichem Scharfsinn, sprach sich dahin aus, der Kuchen sei vergiftet, und erzählte sofort die Geschichte eines Kuchens, von welchem ein ganzes Mädchenpensionat blau anlaufen sei. Aber sie ward durch Applaus überstimmt und der Kuchen wurde mit großer Feierlichkeit und unter allgemeinem Jubel von Mariechen zerschitten.

Noch niemand, glaube ich, hatte davon gekostet, als zum zweiten Mal an die Tür geklopft wurde, und es erschien derselbe Mann mit einem großen braunen Paket unter dem Arme.

„Kompliment von Herrn Tackleton und hier schicke er einige Spielsachen fürs Wickelkindchen. Und sie seien nicht übel.“

Und nachdem er hiermit seinen Auftrag ausgerichtet, eilte er wieder davon.

Die ganze Gesellschaft würde sehr verlegen um Worte gewesen sein, um ihr Erschanden auszuweichen, selbst wenn sie Zeit genug gehabt hätte, danach zu suchen. Aber es blieb ihr keine Zeit übrig; denn kaum hatte der Bote die Tür hinter sich zugezogen, als zum dritten Mal geklopft wurde und Tackleton selbst ins Zimmer trat.

„Frau Peerybingle,“ begann der Spielwarenhändler mit dem Hute in der Hand, „es tut mir sehr leid. Jetzt noch mehr als heute morgen. Ich habe Zeit gehabt, darüber nachzudenken. . . John Peerybingle, ich bin von Haus aus ein alter Griesgram; aber ich kann nicht umhin, mehr oder weniger weidmütig zu werden in Gesellschaft eines Mannes wie Ihr seid. . . Kaleb, dieses ahnungslose Kindermädchen, gab mir gestern abend einen rätselhaften Wink, zu welchem ich nun den Schlüssel gefunden habe. Ich erörte, wenn ich daran denke, wie leicht ich Euch und eure Tochter an mich hätte fesseln können und welche erbärmlicher Tropf ich

war, als ich sie für einen solchen hielt! Ihr Freunde — erlaubt mir, Euch alle mit einander so zu nennen! — mein Haus ist heute abend ganz verlassen. Nicht einmal ein Heimchen habe ich an meinem Herd. Ich habe sie alle verschwendet. Habt Mitleid mit mir; laßt mich an Eurer gütlichen Gesellschaft teilnehmen!“

In fünf Minuten war er vollständig wie zu Hause. Wie habt ihr einen so sibielen Gesellschaftler gesehen. Was hatte er denn sein Leben lang getrieben, daß er bis jetzt nie erkannt, welche ein Talent zur Lustigkeit er hatte! Oder wie hatten's die Esen angefangen, eine solche Verwandlung zu Stande zu bringen?

„John,“ flüsterte Dot, „nicht wahr, du schickst mich heute abend nicht mehr nach Hause, wie?“

„Aber er war doch sehr nahe daran gewesen!“

Es fehlte nur noch ein lebendes Wesen, um die Gesellschaft vollzählig zu machen. Und im Handumdrehen war es da, sehr drittig vom schnellen Laufen und sich abmühend mit hoffnungslosen Anstrengungen, seinen Kopf in einen engen Wasserkrug zu zwängen. Er hatte den Wagen bis ans Ziel seiner Reise begleitet, höchst aufgebracht über die Abwesenheit seines Herren und schrecklich rebellisch gegen dessen Stellvertreter. Nachdem er einige Zeit um den Stall herumgeschritten und fruchtlos versucht hatte, das alte Pferd zu der meuterischen Tat zu verführen, auf eigene Faust umzukehren, war er in das Schankzimmer gegangen und hatte sich vor das Feuer gesetzt. Da er jedoch die Ueberrumpfung gewonnen, der Stellvertreter sei ein Schwindler und verdiene nicht, daß man bei ihm bleibe, hatte er sich wieder auf die Beine gemacht und war spornstreichs nach Hause zurückgelaufen.

Am Abend gab's ein Tanzchen. Mit der allgemeinen Erwähnung dieser Lustbarkeit konnte ich die Sache auf sich beruhen lassen, hätte ich nicht einigen Grund anzunehmen, daß es ein ganz origineller und ungewöhnlicher Tanz war. Er wurde in ganz eigentümlicher Weise arrangiert und zwar folgendermaßen.

Eduard der Matrose — ein echter, braver, flotter Bursch war er — hatte ihnen allerhand Wunderdinge von Papageien, Goldminen, Mexikanern, Goldstaub usw. erzählt, als er sich plötzlich einfallen ließ, aufzuspringen und einen Tanz

vorzuschlagen; denn Bertha Harfe war zur Hand und sie spielte sie, wie ihr's selten zu hören bekommt. Dot — wie geizert das heuchlerische kleine Ding bisweilen tun konnte! — Dot behauptete, ihre Tanzzeit sei dahin. Aber ich glaube, das sagte sie darum, weil der Fuhrmann gerade seine Pfeife rauchte und sie weit lieber neben ihm sitzen mochte. Frau Fielding blieb nun natürlich nichts übrig, als ebenfalls zu behaupten, ihre Tanzzeit sei dahin; und dasselbe behaupteten alle; Mariechen ausgenommen; Mariechen war bereit.

Und so traten Eduard und Mariechen unter allgemeinem Beifall vor, um allein zu tanzen, und Bertha spielte ihre fröhlichste Weise.

Aber ihr möget mir's glauben oder nicht — noch keine fünf Minuten haben sie getanzt, da schleudert plötzlich der Fuhrmann seine Pfeife fort, faßt Dot um die Hüfte, stürzt mit ihr mitten ins Zimmer und wirbelt auf Dacken und Spitze mit ihr herum, ganz wundervoll. Kaum sieht dies Tackleton, so gleitet er hinüber zu Frau Fielding, faßt sie um die Hüfte und tut ebenfalls mit. Kaum sieht dies der alte Dot, flugs ist er ganz Feuer und Flamme, segelt mit Frau Dot mitten in die Tanzenden hinein und ist bald an der Spitze. Kaum sieht dies Kaleb, so packt er die Jungfer Tolpatich bei beiden Händen und geht ebenfalls fern los. — Jungfer Tolpatich in dem festen Glauben, das Hineinkollern in die andern Paare und möglichst häufiges Zusammenstoßen mit ihnen sei das ganze Geheimnis der Tanzkunst.

Sorget! Wie das Heimchen mit seinem Zirp-zirp-zirp die Musik begleitet und wie der Kessel summt!

Aber was ist das? Eben da ich ihnen fröhlich tanzen und mich nach Dot umwende, um noch einen Blick auf diese kleine, mir so lieb gewordene Gestalt zu werfen, ist sie mit allen andern in Luft zerflohen und ich bin allein. Ein Heimchen singt am Herde; ein zerbrochenes Kinderspielzeug liegt am Boden und sonst ist nichts mehr vorhanden.

